

# PRESSEMITTEILUNG

# SM

## **Kabinett beschließt Bundesratsinitiative zur Verbesserung der sektorenübergreifenden Vernetzung an Krankenhausstandorten**

Die Landesregierung setzt sich für eine engere Zusammenarbeit der Akteure des ambulanten und des stationären Bereichs ein, um die medizinische Versorgung im Land zukunftssicher zu gestalten. Auf Initiative von Gesundheitsministerin Stefanie Drese beschloss das Kabinett am Dienstag eine entsprechende Bundesratsinitiative, die am 17. Oktober in der Länderkammer behandelt werden soll.

Schwerin, 30. September 2025

Nummer: 250

„Wir halten die Etablierung und Vereinfachung einer sektorenübergreifenden Vernetzung für dringend erforderlich, um in unserem dünn besiedelten Flächenland allen Bürgerinnen und Bürgern eine umfassende medizinische Versorgung zu ermöglichen“, begründete Drese das Anliegen Mecklenburg-Vorpommerns.

Angesichts der demografischen Entwicklung mit einer immer älter werdenden Bevölkerung aber auch in Bezug auf den Generationenwechsel bei Ärztinnen und Ärzten und weiterem medizinischen Personal seien innovative Ideen notwendig, um den Herausforderungen zu begegnen, führte Drese weiter aus.

„Genau solche Ideen bringen wir nun in die bundesweite Diskussion ein“, verdeutlichte die Ministerin. So solle u.a. die bundesgesetzliche Möglichkeit eröffnet werden, Sicherstellungskrankenhäusern eine Ermächtigung für den vollen Leistungsumfang des jeweiligen Fachgebietes ohne Fallzahlbegrenzung für mindestens fünf Jahre zu erteilen. Sicherstellungskrankenhäuser sind die Kliniken, die wegen Entfernungsvorgaben für die Notfallversorgung und teilweise auch Geburtshilfe notwendig sind und daher auch aus Mitteln der Krankenkassen Zuschüsse bekommen.

Ein weiterer Vorschlag aus MV ist nach Angaben von Drese, dass die Krankenhäuser mit Integrierten

Ministerium für Soziales,  
Gesundheit und Sport  
Mecklenburg-Vorpommern  
Werderstraße 124  
19055 Schwerin  
Telefon: 0385 588-19003  
E-Mail: [alexander.kujat@sm.mv-regierung.de](mailto:alexander.kujat@sm.mv-regierung.de)  
Internet: [www.sozial-mv.de](http://www.sozial-mv.de)

V. i. S. d. P.: Alexander Kujat

Notfallzentren hausärztliche Versorgungsaufträge erhalten dürfen, sofern keine Zulassungsbeschränkung besteht.

„Von einem gemeinsamen Tresen aus könnten Patientinnen und Patienten in die ambulante oder stationäre Behandlung geleitet werden“, verdeutlichte die Ministerin. „Durch eigene Arztsitze für die Anstellung von Allgemeinmedizinern und hausärztliche Internisten und die Nutzung der im Krankenhaus vorhandenen Räumlichkeiten auch außerhalb der klassischen Notdienstzeiträume könnten die Vorteile einer sektorenübergreifenden Vernetzung besonders deutlich gemacht werden“, so Drese weiter.

Drese: „Mit unserer Bundesratsinitiative wollen wir aufzeigen, dass die Bundesregierung den Aspekt der sektorenübergreifenden Vernetzung bei künftigen Entscheidungen umfassend einbeziehen muss, um eine zukunftssichere medizinische Versorgung bundesweit sicherzustellen. Eine gut funktionierende sektorenübergreifende Versorgung ist gerade für Flächenländer von hoher Bedeutung. Wir hoffen auf eine breite Unterstützung unseres Antrags im Bundesrat am 17. Oktober“, sagte Drese nach der heutigen Kabinettsitzung.